

# Stimmen der Weltpresse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 5

PDF erstellt am: **16.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## STIMMEN DER WELTPRESSE

Vor kurzem ist ein *internationales Presseinstitut* ins Leben gerufen worden, das seinen Sitz in *Zürich* hat und ein monatliches Bulletin unter dem Titel «*Cahiers de l'I. I. P.*» herausgibt. Im *zweiten Heft* dieses Bulletins wird «*Die wahre Funktion der Zeitung*» vom europäischen und auch vom amerikanischen Standpunkt aus betrachtet. Während die europäische Ansicht vom Chefredaktor der «*Neuen Zürcher Zeitung*», W. Bretscher, formuliert wird, beleuchtet den amerikanischen Standpunkt *Erwin Canhan*. Der Herausgeber der Zeitung «*The Christian Science Monitor*» schreibt, daß die Pressefreiheit — ein Recht des Bürgers und nicht der Zeitung! — nicht für die Wiedergabe komischer Geschichten und mondäner Chroniken garantiert sei, sondern als ein Strom lebendiger Information, der zur Entwicklung der Gesellschaft beitrage.

Nachrichten sollten unparteiisch wiedergegeben werden, jedoch in ihrer wahren Perspektive, innerhalb von Raum und Zeit, vom Gestern und dem Heute, innerhalb der laufenden Ereignisse und unter Berücksichtigung der Tendenzen, Umstände und Motive. Es ist diese Nachrichtenpräsentation, die Canhan «*Interpretation*» nennt, und die von der Analyse unterschieden wird, die alle Aspekte eines Problems berücksichtigt und in ihrer besten Form Reportage, persönliche Interpretation ist. «*Interpretation*» und persönliche Meinung müßten jedoch voneinander unterschieden werden. In unseren Tagen redeten die Weltereignisse eine genügend deutliche Sprache, so daß es nicht notwendig ist, eine persönliche Meinung hinzuzufügen.

Es sei die Aufgabe der Zeitung, ihren Lesern Tatsachen zu vermitteln, aus denen sie ihre Schlüsse ziehen könnten, genügend Tatsachen und objektiv ausgewählte. Die einzige Sicherung gegen eine vorurteilvolle Auswahl liege im Bewußtsein, das die Redaktoren von ihrer Aufgabe gegenüber der Gemeinschaft hätten. Eine Zeitung sei nicht «*frei*», ihren Lesern Nachrichten vorzuenthalten, die mit deren Meinung nicht übereinstimmten. Indem die Zeitung ihre Aufgabe erfülle, helfe sie der ganzen Menschheit, die Freiheit zu erringen.

Die Hamburger Wochenzeitung «*Die Zeit*» widmete ihre Nummer 26 ihrem französischen Nachbarn. Sie schrieb: «Diese Ausgabe soll mit einer Reihe von Aufsätzen bedeutender Autoren ein Bild des geistigen und politischen Frankreich geben und frei von Propaganda sein. Darum wird hier gesagt, was führende Franzosen über Deutschland und die Geschichte der deutsch-französischen Nachbarschaft wirklich denken, und nicht, was wir Deutsche gern hören möchten. Das ist wichtig für das gegenseitige Verständnis, denn für das Bild, das ein Volk von einem anderen hat, ist neben dem, was wirklich ist und geschah, viel entscheidender, zu wissen, was die Vorstellung des einen über den anderen ist. Erst wenn man sich gegenseitig darüber im klaren ist, kann man daran gehen, die eigenen Unzulänglichkeiten sowie die Fehler, die des anderen Konzeption entstellen, zu korrigieren». Der französische Ministerpräsident Pinay ließ sich wie folgt vernehmen: «Je tiens à féliciter et à remercier le journal 'Die Zeit' pour le numéro spécial qu'il consacre à la France. — Je suis persuadé que des enquêtes semblables, minutieusement et objectivement conduites, peuvent aider à une meilleure compréhension entre les peuples. — Je désire très sincèrement qu'à un passé de rivalités et de luttes succède, pour les Français et les Allemands, un avenir de concorde et de Paix».

Die offizielle Parole der ostdeutschen Außenpolitik, wiederholt von *Grotewohl* und *Dertinger* ausgegeben, lautet: «Die Hauptaufgabe unserer Außenpolitik ist, bei den befreundeten Staaten das Mißtrauen gegen Deutschland zu beseitigen und eine Atmosphäre vertrauensvoller und freundschaftlicher Zusammenarbeit zu schaffen». Den Widerspruch dieser Phrase zur Wirklichkeit untersucht *Gerold Rummler* im *Kölner SBZ-Archiv* (Nr. 12) unter dem Titel: «*Der außenpolitische Apparat der Sowjetzone*».

Um die Unabhängigkeit der Deutschen Demokratischen Republik zu demonstrieren, wurde mit deren Gründung ein sowjetzonalen Außenministerium geschaffen, dieses mit einem «bürgerlichen» Außenminister, Georg Dertinger, besetzt und diplomatische Beziehungen zu fast allen Ostblockstaaten aufgenommen. Die Arbeit der jungen, in Kurzlehrgängen ausgebildeten Diplomaten besteht anfänglich darin, die bekannten «Glückwunschtelegramme» zu entwerfen. Die Leiter der Hauptabteilungen des Außenministeriums sind bewährte Kommunisten, wie auch alle sowjetzonalen Diplomaten im Ausland. Parteilos ist nur ein geringer Prozentsatz von Mitarbeitern des Außenministeriums und vor allem Putzfrauen, Stenotypistinnen und Fahrer.

Ein besonderes außenpolitisches Problem ist das deutsch-polnische Verhältnis. Mehr als eine Million Deutsche leben in Polen, von denen 800 000 «widerspruchslos» in den polnischen Staatsverband aufgenommen worden sind. Es besteht keine Möglichkeit der Umsiedlung, und die polnische Regierung steht diesen Plänen ablehnend gegenüber. Diese Haltung Warschaws ist auch für die ostdeutschen Außenpolitiker eine schwere Belastung der «deutsch-polnischen Freundschaft». Die östlichen Freundschaften haben ihre engen Grenzen. Auch den Diplomaten ist es untersagt, Beziehungen zu «befreundeten» ausländischen Diplomaten zu unterhalten.

Das Reisen in die Ostblockländer ist dem Bürger der DDR unmöglich. Nur für Dienstreisen und nachdem zahlreiche Formulare ausgefüllt sind und der Staatssicherheitsdienst seine Zustimmung gegeben hat, bekommt er ein Visum. Dabei nimmt der Papierkrieg unheimliche Ausmaße an: Die Leiche eines im März dieses Jahres in Berlin verstorbenen polnischen Diplomaten, die in die Heimat überführt werden sollte, wurde von der Demarkationsgrenze nach Berlin zurücktransportiert, weil — ein Warenbegleitschein fehlte!

Trotzdem werden immer neue Freundschafts- und Kulturabkommen unterzeichnet, schreitet die östliche Verbrüderung fort, unter dem allmächtigen Blick des Kreml, der das tatsächliche Machtverhältnis zwischen Moskau und Pankow und damit auch die Außenpolitik der ostdeutschen Marionetten bestimmt.

Über den Sinn und den Unsinn der amerikanischen Besatzungspolitik in Japan veröffentlicht die *Meraner Wochenzeitung* «*Der Standpunkt*» (Nr. 23) unter der Überschrift «*Japan läßt sich nicht umerziehen*» einen Aufsatz von *Indro Montanelli*, der in seinen Schlußfolgerungen von ähnlichen Betrachtungen derart abweicht, daß wir den Inhalt zusammengefaßt wiedergeben:

Wohl hat die «starke Hand» MacArthurs, die er gegenüber den russischen Einmischungsversuchen in die amerikanischen Belange in Japan bewies, jenes Chaos verhindert, das aus Deutschland und Österreich bekannt ist. Sehr zu bezweifeln sind hingegen die strukturellen und ideologischen Reformen MacArthurs, eines leidenschaftlichen Bibellesers, der seine Alltagssprache und Reden mit Bibelzitate spickt, und der nicht nur als Stratege nach Japan kam, sondern auch als Sozialreformer und Vorkämpfer des christlichen Glaubens, als «ein Mittelding von Caesar und Karl dem Großen». Mit kolonialisatorischem Puritanismus sahen die Amerikaner ihre Aufgabe in Japan in erster Linie als eine religiöse an: Abschaffung des Schintoismus! — so hieß es bereits in den ersten Tagen der Besetzung auf den

Schwertern der Bekehrer, während 40 % der Wohnungen zerstört waren, die japanische Wirtschaftsproduktion ein Zwanzigstel derjenigen von 1940 erreichte, eine Inflation bevorstand, das Verbrechertum überhand nahm und die chinesischen und koreanischen Arbeiter sich in Banden organisierten. MacArthur fragte sich jedoch nicht, ob die Lösung der rein technischen Aufgaben nützlicher sei, sondern versuchte den Boden für eine demokratische Umerziehung zu planieren. Er empfing den Kaiser, der seine bekannte Rede, in welcher er sich als Mensch wie jeder andere Japaner bezeichnete, gehalten hatte, in Hemdsärmeln, eine demonstrative Haltung, die bei den einfachen Japanern wenig Zweifel an der Göttlichkeit ihres Kaisers erweckt zu haben scheint.

Wenn Japan heute, trotz der fundamentalen Fehler der amerikanischen Politik, beinahe das Land von früher geworden ist, dem das amerikanische Neue nur an der Oberfläche haftet, so ist der Erfolg der Maschine der amerikanischen Organisation zuzuschreiben, die sich allein, ohne religiös-politische Kreuzzugsabsichten, in Bewegung setzte, jener Maschine, «die uns gegen die Amerikaner und trotz den Amerikanern an Amerika glauben läßt».

Im «*Europa-Archiv*» (Frankfurt a. M.) vom 5. Juni 1952 referierte Dr. Eugen von Mickwitz in seinem Aufsatz «*Die internationalen Bemühungen zum Abbau der Handelsschranken*» über die diesbezügliche Entwicklung seit dem Ende der Konferenz von Torquay im April 1951. Nach einer kurzen Darstellung der Beschlüsse auf der sechsten Zusammenkunft zwischen den Vertragsparteien des Genfer Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens («Gatt») in Genf im September und Oktober 1951 wendet sich der Autor den die Gatt-Organisation beschäftigenden Hauptthemen zu. Der angeregte Einbau der nicht ratifizierten Havanna-Charta insgesamt oder mit Teilen in das Gatt wurde in Genf einer späteren Prüfung überwiesen. Bezüglich des organisatorischen Ausbaues des Gatt wurde außerhalb der periodischen Tagungen ein Exekutivkomitee zur zwischenzeitlichen Vorbereitung für spätere Entscheidungen des Plenums niedergesetzt. Endlich — und darin liegt der Schwerpunkt der recht interessanten Arbeit, über die hier berichtet wird — wurde das Problem einer *Beseitigung der europäischen Zoll disparitäten*, wie sie in Torquay wiederholt zu lebhaften Kontroversen zwischen Niederzollschutzländern und protektionistischen Regierungen Anstoß gegeben hatten, in Genf bestimmungsgemäß weiter erörtert. Mickwitz erwähnt den bekannten Vorschlag des französischen Delegierten, Ministers Pflimlin, nach dem die Zollsätze international mit drei gleichen Jahresraten um insgesamt 30 % gesenkt werden sollen, ein Plan, der zweifellos das Hauptinteresse auf der bevorstehenden siebenten Zusammenkunft der Gatt-Unterzeichner finden wird. Der Verfasser zeichnet den weltwirtschaftlichen Hintergrund für die 6. und 7. Gatt-Tagung, beleuchtet die Haltung der Vertragsparteien gegenüber der europäischen Wirtschaftsintegration und läßt seine Darstellung in eine zuversichtliche Prognose hinsichtlich der allgemeinen Steigerung des Lebensstandards auf der Grundlage der kommenden Gatt-Beschlüsse ausklingen.

Da die Genfer Entscheidung in der Frage der Zoll disparitäten für die zukünftige Richtung der internationalen Zoll- und Handelspolitik eine fast ausschlaggebende Bedeutung zu erlangen verspricht, verdient die Arbeit von Mickwitz aufmerksame Beachtung.